

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

↑

61,37 €/MWh

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

↓

20,12 €/MWh

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

10,215

Cent/kWh - auf diesen Betrag ist der KWK-Index gestiegen. Er entspricht dem üblichen Preis, der im laufenden Quartal für eingespeisten KWK-Strom gezahlt werden muss.

ÖL
Ergebnis des Koalitionsausschusses: Energiesteuer runter

GAS
Analysten: Das bedeutet die US-Blockade wirtschaftlich

WASSERSTOFF
Österreich will grünen Wasserstoff aus Algerien

Inhalt

TOP-THEMA

→ **POLITIK:** Enttäuschung über ausbleibende Stromsteuersenkung

POLITIK & RECHT

- **ÖL:** Ergebnis des Koalitionsausschusses: Energiesteuer runter
- **UNGARN:** Wahlsieger Magyar will Russlandpolitik langsam ändern
- **STROM:** Österreich kompensiert Stromintensive ohne Brüssels Placet
- **NIEDERSACHSEN:** LEE sieht Milliarden-Investitionen in Gefahr

HANDEL & MARKT

- **GAS:** Analysten: Das bedeutet die US-Blockade wirtschaftlich
- **KWK:** KWK-Index über 10 Cent

TECHNIK

- **WASSERSTOFF:** Österreich will grünen Wasserstoff aus Algerien
- **GAS:** Bosnien verstärkt Gasimporte aus Serbien

UNTERNEHMEN

- **PHOTOVOLTAIK:** US-Finanzinvestor engagiert sich bei Solarentwickler
- **PERSONALIE:** Mandy Schwerendt wird CCO von Lichtblick

→ **STATISTIK DES TAGES** : Umsatz in der Energieversorgung in Deutschland 2013 bis 2025

MARKTBERICHTE

→ **MARKTKOMMENTAR**: US-Blockade von Hormus treibt Energiemärkte

SERVICE

→ **ENERGIEDATEN**

→ **STELLENANZEIGEN**

→ **REDAKTION**

→ **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Enttäuschung über ausbleibende Stromsteuersenkung



Quelle: Fotolia / Tom-Hanisch

POLITIK. Die Bundesregierung erntet Kritik für das Ausbleiben einer Stromsteuersenkung. Stattdessen hatten sich die Koalitionäre auf eine Senkung der Mineralölsteuer verständigt.

Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses, über eine Senkung der Mineralölsteuer und mit einer Bonuszahlung die Bürgerinnen und Bürger von hohen Energiepreisen zu entlasten, haben ein geteiltes Echo gefunden (siehe separate Meldung).

Aus Sicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (**DIHK**) bringt die befristete Absenkung der Energiesteuer eine „spürbare Entlastung“ für Unternehmen, Pendler und Transportgewerbe. DIHK-Präsident Peter Adrian erklärte, entscheidend sei eine schnelle und verlässliche Wirkung ohne Markteingriffe. Auch innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion wird die Maßnahme unterstützt: Die finanzpolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt betonte, die Senkung um 17 Cent pro Liter habe das Potenzial, rasch Entlastung zu schaffen.

Demgegenüber äußert der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (**DIW**), Marcel Fratzscher, deutliche Kritik und warnte, ein erheblicher Teil der Entlastung könne bei Mineralölkonzernen verbleiben. Zudem setze die Maßnahme falsche Anreize, da sie den notwendigen Rückgang des Energieverbrauchs im Verkehr nicht unterstütze.

Branchenverbände wie der Bundesverband Erneuerbare Energie (**BEE**) sehen im aktuellen Ansatz ebenfalls Defizite. Zwar begrüßte BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser die angekündigten Entlastungen und das Bekenntnis zum Ausbau erneuerbarer Energien, zugleich kritisierte sie jedoch bestehende Gesetzesvorhaben, die den Ausbau eher bremsen könnten. Nur eine ambitionierte Energiegesetzgebung könne verhindern, dass künftige Krisen erneut ähnlich stark durchschlagen. Allerdings berge die aktuelle Politik von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) genau dieses Risiko. Netzpaket und EEG-Entwurf würden den Ausbau der Erneuerbaren bremsen statt beschleunigen.

Deutliche Kritik auch aus den Reihen der SPD

Auch aus den Reihen der neuen Energieanbieter kommt Kritik. Der CEO von **Octopus** Energy Germany, Bastian Gierull, bezeichnete die Steuersenkung auf Kraftstoffe als „falsches Signal“. Sie entlaste vor allem

wohlhabendere Haushalte und bremse die Energiewende. Stattdessen hätte die Abschaffung der Stromsteuer für Privathaushalte eine breitere und zugleich transformatorisch wirksame Entlastung ermöglicht, da sie die Elektrifizierung etwa im Verkehrs- und Wärmesektor beschleunigen würde.

Diese Forderung wird von zahlreichen Akteuren der Energiewirtschaft geteilt. Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (**ZVEI**) kritisierte, dass die im Koalitionsvertrag zugesagte Stromsteuersenkung erneut nicht umgesetzt worden sei. Dies sei eine „verpasste Chance“ für eine schnelle und breit wirksame Entlastung und sende kein Signal für mehr Energiesouveränität. Die Stromsteuersenkung auf ein EU-Mindestmaß sei sogar ausdrücklich von der EU-Kommission empfohlen. „Wie viele Energiekrisen braucht es noch? Das ist ein handfester Standortnachteil und politisch nicht mehr zu rechtfertigen“, so Wolfgang Weber, der Vorsitzende der ZVEI-Geschäftsführung.

Sozialdemokraten uneinig

Nachdem aus der **SPD-Fraktion** pflichtschuldig Beifall für die Koalitionsvereinbarung gekommen war, wurde jedoch auch aus den Reihen der Genossen deutliche Kritik laut. Die energiepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Nina Scheer, stellt die bisherigen Maßnahmen grundsätzlich infrage und fordert eine strategisch ausgerichtete Antwort auf die Energiekrise. Während die finanzpolitische Sprecherin Heiligenstadt die Maßnahmen als Ausdruck politischer Handlungsfähigkeit bewertet, warnt Scheer vor einer Vertiefung fossiler Abhängigkeiten und fordert eine konsequente Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Transformation des Energiesystems.

Nationale Alleingänge wie die Senkung von Kraftstoffsteuern könnten zu einem innereuropäischen Wettbewerb führen. Sollte eine physische Verknappung eintreten, würden sich Lieferungen dorthin bewegen, wo für die Mineralölfirmen das meiste Geld zu verdienen sei. Maßnahmen, die das „Auseinanderdriften“ verstärken, seien zu vermeiden. Es bedürfe sinnvoller Entlastungen mit einem Hebel zur Beschleunigung der Energiewende.

Scheer plädiert neben einem „Energiewende-Gutschein“ vor allem für die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Verbraucher. Diese könne gleichzeitig Elektromobilität, Wasserstofftechnologien und den Einsatz von Wärmepumpen stärken und damit strukturell zur Krisenbewältigung beitragen.

Darüber hinaus spricht sie sich für eine grundlegende Reform der Strompreisbestandteile aus, etwa durch eine staatliche Finanzierung der Netzentgelte. Auch eine Übergewinnsteuer für Mineralölkonzerne, soweit die Kartellrechtsverschärfungen die erforderlichen Effekte nicht leisten, hält sie für sinnvoll.

// VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Fotolia / Gernot Krautberger

Ergebnis des Koalitionsausschusses: Energiesteuer runter

ÖL. Die schwarz-rote Koalition plant angesichts der hohen Spritpreise eine Entlastung der Autofahrer. Und begrüßt Übergewinnsteuer-Pläne Brüssels.

Dazu soll die Energiesteuer bei Diesel und Benzin um jeweils rund 17 Cent brutto pro Liter begrenzt auf zwei Monate gesenkt werden, wie CDU, CSU und SPD in Berlin mitteilten.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sagte, damit solle sehr schnell die Lage für die Autofahrer und Betriebe verbessert werden. Die Bundesregierung erwarte, dass die Mineralölbranche die Entlastung weitergebe. Nach Angaben von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) sollen Verbraucher und Wirtschaft bei den Kraftstoffpreisen insgesamt um rund 1,6 Milliarden Euro entlastet werden.

Die Koalition will es zudem Arbeitgebern im Jahr 2026 ermöglichen, eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie von 1.000 Euro zu zahlen. Zur Gegenfinanzierung der steuerlichen Mindereinnahmen soll die Tabaksteuer schon im Jahr 2026 erhöht werden.

Die Übergewinnsteuer ist wieder da

Die Koalition begrüßte in diesem Zusammenhang die Ankündigung der Europäischen Kommission, analog zum EU-Energiekrisenbeitrag 2022 Maßnahmen gegenüber der Mineralölwirtschaft zu prüfen. Gemeint ist damit eine Übergewinnsteuer. Die Gegenfinanzierung der steuerlichen Entlastungen solle durch kartellrechtliche oder steuerrechtlich abgesicherte Maßnahmen gegenüber den Mineralölwirtschaftsunternehmen erfolgen.

Die Spitzen der Koalition hatten bis in die Nacht in der Berliner Villa Borsig über die Energiepreiskrise und anstehende Reformprojekte beraten. Verhandlungen liefen über das ganze Wochenende.

Spritpreise stark gestiegen

Seit Ausbruch des Iran-Krieges sind die Spritpreise extrem stark angestiegen. Seit Kriegsbeginn am 28. Februar mit US-israelischen Angriffen auf den Iran hatte Teheran die für den Öltransport wichtige Straße von Hormus vor seiner Küste blockiert. Die Durchfahrt von Schiffen kam praktisch zum Erliegen.

Auf dem bisherigen Höhepunkt kurz nach Ostern war 1 Liter Diesel im bundesweiten Tagesdurchschnitt um gut 70 Cent teurer als vor Kriegsbeginn, ein Liter Super E10 um gut 41 Cent, wie Zahlen des ADAC zeigen. Erste Maßnahmen der Bundesregierung - die 12-Uhr-Regel, nach der nur noch einmal pro Tag die Preise erhöht werden dürfen und zusätzliche Befugnisse für das Bundeskartellamt hatten zunächst keine durchschlagende Wirkung beziehungsweise verhinderten ein weiteres Ansteigen der Kraftstoffpreise zunächst nicht.

Zuletzt waren die Preise wieder ein Stück weit gefallen, weil der Ölpreis zwischenzeitlich deutlich nachgab. Die nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran aktuell wieder gestiegenen Ölpreise dürften sich allerdings in die andere Richtung auswirken.

Am 11. April, einem Samstag, hatte ein Liter Superbenzin der Sorte E10 im bundesweiten Tagesdurchschnitt 2,101 Euro gekostet, ein Liter Diesel 2,301 Euro, wie Zahlen des ADAC nahelegen. Das waren beides leichte Rückgänge gegenüber dem Vortag. Am Mittag des 13. April lagen die Spritpreise im bundesweiten Schnitt nach dem mittäglichen Sprung über dem Preis zum selben Zeitpunkt am Vortag. Auch die Sprünge zwischen 11.45 Uhr und 12.15 Uhr waren mit 12,5 Cent pro Liter Diesel und 11,4 Cent bei Super E10 die höchsten seit Einführung der 12-Uhr-Regel (zu den Reaktionen siehe separate Meldung). // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)

Wahlsieger Magyar will Russlandpolitik langsam ändern



Quelle: Fotolia / daboost

UNGARN. Peter Magyar hat Ungarns Parlamentswahlen vom 12. April haushoch gewonnen. Vor allem sind von ihm weniger staatliche Eingriffe in Energiepreise zu erwarten als unter Viktor Orban.

Mit der von seiner liberal-konservativen Partei „Respekt und Freiheit“ (Tisza) errungenen Zwei-Drittel-Mehrheit kann Peter Magyar einen echten Politikwechsel weg von der durch den rechtspopulistischen Langzeitpremier Viktor Orban installierten illiberalen Demokratie einleiten.

Die Frage ist, ob er seine Position im Energiebereich dazu nutzen wird, um Ungarn aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen. Viktor Orban hatte die EU-Partner vor allem nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs immer wieder mit seiner engen Beziehung zum russischen Präsidenten Wladimir Putin provoziert und insofern auch deren Bemühungen boykottiert, der Einfuhr von russischem Gas und Öl in die EU einen Riegel vorzuschieben.

Die künftige Energieversorgung Ungarns war zwar ein wichtiges Thema im Wahlkampf. Magyar selbst hatte sich dazu aber relativ bedeckt gehalten. In einem Interview mit der Financial Times hatte er im vergangenen Herbst vor allem darauf gepocht, dass Ungarn seine Abhängigkeit von Russland verringern müsse. Zeitweise hatte er von einer Beendigung der Zusammenarbeit bis 2035 gesprochen, obwohl diese nach EU-Plänen bereits Ende nächsten Jahres geplant ist.

Der Maßnahmenkatalog von Magyars Wirtschaftsexperten

Schon aufschlussreicher waren die Äußerungen der Wirtschaftsexperten seiner Partei zur Entwicklung der Energiepreise, die unter Orban weitgehend staatlich reguliert wurden. Sie haben eine Reduzierung der staatlichen Preisinterventionen angekündigt. Konkret sollen Ermäßigungen auf die Stromrechnung gestrichen, der garantierte Benzinpreis abgeschafft und neue Gebühren eingeführt werden. Denn höhere Verbraucherpreise würden zu einem nachhaltigeren Konsum, notwendigen Energieeffizienzmaßnahmen und einer elektrifizierten Gasversorgung führen, was wiederum die Energiekosten in Ungarn deutlich senken würde.

Damit könnten die Energiekosten der wirtschaftlich ohnehin gebeutelten Privathaushalte um umgerechnet mehrere hundert Euro im Monat steigen. Magyar dürfte sich daher mit Vorsicht ans Werk machen, um seinen politischen Kredit nicht sofort wieder zu verspielen. Angesichts der galoppierenden Staatsverschuldung Ungarns, die seit 2014 zu einem Großteil von den Preisdeckelungen bei Energie getrieben ist, steht jedoch außer Frage, dass die Energiekosten mit dem Ziel der Budgetentlastung nach und nach steigen werden.

Orban zeigte Erneuerbaren weitgehend die kalte Schulter

Was den Umbau der ungarischen Energielandschaft hin zur intensiven Nutzung regenerativer Energien angeht, hat die ungarische Regulierungsbehörde für Energie und öffentliche Versorgung die Kosten für die nächsten zehn Jahre mit umgerechnet mindestens 550 Millionen Euro jährlich veranschlagt.

Ein Großteil des Geldes müsste in die Überholung der Stromübertragungsnetze und die Diversifizierung der alternativen Energiequellen fließen - eine Mammutaufgabe, die sich ähnlich wie in Polen wohl nur unter Zuhilfenahme von EU-Geldern lösen lassen wird.

Die Orban-Regierung hatte zuletzt vor allem auf Solarenergie gesetzt, dafür mit Ausnahme der Geothermie (wir berichteten) andere Regenerative mehr oder minder außer Acht gelassen.

Fossilkonzern MOL ist eigentlich schon weit mit Diversifizierung

In ungarischen Medien wurde am Montag auch über die Zukunft des Gas- und Ölkonzerns MOL spekuliert, der sich einer Beendigung der Zusammenarbeit mit Russland bisher vordergründig aus Kostengründen verschließt. Attila Holoda, Sprecher der Tisza-Partei für Energiefragen, hatte vor kurzem dazu aufgerufen, die Struktur des Konzerns eingehend zu analysieren. In Wirtschaftsmedien heißt es zur bisherigen Haltung des MOL-Managements, dass im Falle von Erdgas schon alles getan worden sei, um die Ostroute zu diversifizieren. Ungarn verfüge über Gasverbindungen mit allen Nachbarländern außer Slowenien, sodass Flüssigerdgas (LNG) im Wesentlichen über spanische, polnische oder sogar griechische LNG-Terminals nach Ungarn gelangen könne.

Im Ölsektor hingegen sei die Auswahl nicht so groß. Gleichwohl sei die Adria-Pipeline zumindest auf dem Papier dazu geeignet, die 8 bis 9 Millionen Tonnen Rohöl zu transportieren, die jährlich von den MOL-Raffinerien im ungarischen Szazhalombatta bei Budapest und der slowakischen Hauptstadt Bratislava verbraucht werden.

Der Hintergrund für MOLs Verhalten dürfte daher eher folgender sein: Übereinstimmenden Angaben der Orban-Regierung und der MOL zufolge kauft Ungarn russisches Öl auf Basis des Preises für Rohöl der Urals-Sorte. Das zahlte sich lange Zeit aus, weil russisches Öl nach Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges 2022 deutlich unter dem Weltmarktpreis verkauft wurde. MOL wiederum muss 95 Prozent der Preisdifferenz über 5 Dollar an den Fiskus abführen. // VON KARIN ROGALSKA

[^ Zum Inhalt](#)

Österreich kompensiert Stromintensive ohne Brüssels Placet



Quelle: Jonas Rosenberger

STROM. Der Wiener Wirtschaftsminister hat Förderungen in Kraft gesetzt, ohne die Billigung der EU-Kommission abzuwarten. Laut der Industriellenvereinigung war rasches Handeln erforderlich.

Ohne die Genehmigung der EU-Kommission abzuwarten, setzte Österreichs Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (Österreichische Volkspartei / ÖVP, konservativ) den Fördermechanismus für die Industrie nach dem Standortabsicherungsgesetz (SAG) in Kraft.

Seit 13. April können Unternehmen mit einem Strombedarf von mehr als 1 Million kWh/Jahr somit Unterstützungen nach dem Gesetz beantragen, das auch als „Stromkostenausgleichsgesetz“ bekannt ist. Ihnen werden damit die Mehrkosten für Strom abgegolten, die durch die Einpreisung von Emissionszertifikaten entstehen, die sie zu kaufen haben. Für heuer und 2027 sind jeweils 75 Millionen Euro budgetiert. Allerdings bedarf das SAG der beihilferechtlichen Billigung durch die EU-Kommission, die bis dato nicht vorliegt.

Hattmannsdorfer bekundete dazu per Aussendung vom 12. April, wobei er die SAG-Förderungen als „Industriestrombonus“ bezeichnete: „Wir werden nicht länger auf das OK aus Brüssel warten. Die EU-Freigabe des Industriestrombonus verschiebt sich mittlerweile von Woche zu Woche. Es kann nicht sein, dass unsere Betriebe, ihre Investitionen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch endlose EU-Bürokratie hingehalten werden.“

Mit dem Alleingang riskiert der Minister zweierlei: Österreich könnte ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren drohen. Betriebe wiederum, die Förderungen nach dem SAG erhalten, laufen Gefahr, diese zurückzahlen zu müssen, wenn die EU-Kommission das Gesetz nicht noch nachträglich akzeptiert.

Auf eine diesbezügliche Anfrage der Redaktion reagierte das Wirtschaftsministerium am 13. April nicht. Die Industriellenvereinigung teilte mit, sie gehe davon aus, „dass die nun gestartete Antragsmöglichkeit für die Strompreiskompensation auf einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung durch das zuständige Ministerium beruht und im Einklang mit den bislang vorliegenden Signalen aus Brüssel steht. Außerdem wurde dieses Standortinstrument bereits in zahlreichen anderen EU-Staaten exakt in dieser Form umgesetzt. Gerade vor dem Hintergrund der akuten Wettbewerbsbelastungen für die Industrie war ein rasches Handeln erforderlich“.

Gekürzte Mittel

Hattmannsdorfers Ausdruck „Industriestrombonus“ kommt im Übrigen kaum von Ungefähr: Die Bundesregierung aus den Konservativen, den Sozialdemokraten und den Liberalen plant, per 1. Januar 2027 einen „Industriestrompreis“ von 7 Cent/kWh einzuführen. In der Aussendung vom 12. April bekundete Hattmannsdorfer, insgesamt stünden „ab dem Antragsjahr 2027 für Industriestrombonus und Industriestrompreis 250 Millionen Euro zur Verfügung“.

Allerdings besteht für keine der beiden Maßnahmen eine sichere rechtliche Grundlage. Für den Industriestrompreis liegt noch kein vom österreichischen Parlament beschlossenes Gesetz vor, abgesehen davon, dass dieses ebenso wie das SAG der Genehmigung durch die EU-Kommission bedarf.

Dazu kommt: Mehrfach hatten Vertreter der Regierungsparteien festgehalten, allein für den Industriestrompreis würden etwa 250 Millionen Euro pro Jahr verfügbar gemacht. Aufbringen sollte diese die Elektrizitätswirtschaft. Ist nun von insgesamt 250 Millionen Euro pro Jahr für das SAG und den Industriestrompreis die Rede, bedeutet dies eine Kürzung der Mittel für den Letzteren auf jährlich 175 Millionen Euro.

Kritik der Opposition

Die rechtsgerichtete Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) sprach von einem „Marketing-Schmäh. Hattmannsdorfer versucht gezielt, zwei völlig unterschiedliche Unterstützungsinstrumente medial zu einem einzigen Erfolgsprojekt zu verschmelzen.“ Die Grünen wiederum bezweifeln die Seriösität der Umsetzung des SAG. // **VON KLAUS FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

LEE sieht Milliarden-Investitionen in Gefahr



Quelle: Shutterstock / Blue Planet Studio

NIEDERSACHSEN. Niedersachsen könnten Investitionen in Höhe von rund 32 Milliarden Euro entgehen. Das befürchtet der „Landesverband Erneuerbare Energien (LEE)“.

Hintergrund sind die Pläne von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), zum Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) sowie zur Gasnetzzugangs- und -entgeltverordnung (GasNZV, GasNEV) und zum sogenannten Netzpaket.

„Das Ausmaß der möglichen Schäden dieses Gesetzespakets ist gerade für unser Land enorm. Die Branche möchte investieren, doch die Pläne von Ministerin Reiche bedrohen einen erheblichen Teil dieser Investitionen“, warnte Bärbel Heidebroek, Vorsitzende des LEE Niedersachsen / Bremen, laut Verbandsmitteilung bei einer Pressekonferenz im Landtag in Hannover. Damit bringe ausgerechnet die zuständige Ministerin mitten in einer Wirtschafts- und Energiekrise Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Versorgungssicherheit in Gefahr.

„Die Pläne von Katherina Reiche wirken wie Politik aus einer anderen Zeit“, erklärte Heidebroek. „Die Ministerin ignoriert die geopolitische Realität explodierender Energiepreise ebenso wie die strategischen Lehren aus dem Ukraine-Konflikt und dem Krieg im Iran.“ Es gehe darum, die Weichen für ein krisenfestes und unabhängiges Energiesystem zu stellen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stärke die regionale Wirtschaft und schaffe örtliche Versorgungssicherheit. Sollten die Gesetzesvorhaben so umgesetzt werden wie geplant, sei die Finanzierung vieler Großprojekte in Gefahr.

Planungs- und Investitionssicherheit gefährdet

In der Pressekonferenz verwiesen Heidebroek und Thorsten Kruse, Geschäftsführer der Biogas Rosche Verwaltungs GmbH, auf aktuelle Beispiele geplanter Großinvestitionen. So plane das Unternehmen Prowind in Ankum im Landkreis Osnabrück Investitionen in Höhe von 450 Millionen Euro. Mehr als 40 Windräder seien hier geplant.

Die Bioenergie stelle wiederum vor allem im ländlichen Raum Niedersachsens einen relevanten Wirtschaftsfaktor dar und leiste einen wichtigen Beitrag zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten sowie zur dezentralen Wärmeversorgung aus heimischer Energie.

Kruse berichtete darüber hinaus von zwei Clusterprojekten in den Landkreisen Celle und Uelzen, die auf die Aufbereitung von Biogas sowie eine Wärmeauskopplung abzielen. In die beiden Projekte sollen in den nächsten Jahren zusammen bis zu 95 Millionen Euro investiert werden. „Die Ministerin sorgt für Verunsicherung im gesamten System, ohne mit den Beteiligten über die drohenden Auswirkungen auf die Praxis und mögliche bessere Lösungen zu diskutieren“, erklärte Heidebroek.

Forderung nach Netzgipfel

Zugleich betonte die LEE-Vorsitzende die Bereitschaft für konstruktive Gesprächsansätze, forderte einen Netzgipfel und präsentierte eigene Vorschläge, um das Energiesystem krisenfester aufzustellen und effizienter zu gestalten. Statt Energieanlagen aufgrund von Netzengpässen abzuregeln, sollte zum Beispiel der Strom in Speicher oder Elektrolyseure fließen – oder zu günstigen Preisen direkt an benachbarte Betriebe geliefert werden. Zudem spricht sich der Verband für einen deutlich beschleunigten Netzausbau aus. // **VON GÜNTER DREWNITZKY**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

Analysten: Das bedeutet die US-Blockade wirtschaftlich

GAS. Rabobank-Analysten rechnen damit, dass die am Montagnachmittag beginnende Sperrung der Straße von Hormus durch die USA dem Konflikt eine neue Dynamik verleihen können.

Mit den wirtschaftlichen Folgen der doppelten Sperrung der Straße von Hormus beschäftigen sich Analysten der niederländischen Rabobank. „In etwa 13 Tagen werden die iranischen Öllager voll sein, was die Stilllegung von Bohrlöchern erzwingt und dauerhafte Schäden auf der Angebotsseite auslösen könnte“, schreiben sie in einer Analyse.

Der Verlust von weiteren 2 Millionen Barrel iranischen Öls pro Tag wäre nach ihrer Ansicht ein schwerer Schlag für die Weltwirtschaft. Das politische Ziel der Aktion bestehe darin, jene Fraktion des iranischen Regimes, die mit den USA verhandelt, dazu zu zwingen, diejenige zu zerschlagen, die sich dem US-Friedensabkommen widersetzt. Darüber hinaus solle die iranische Bevölkerung dazu animiert werden, sich erneut gegen das Regime aufzulehnen.

Außerdem verfolgen die USA laut Rabobank zwei geopolitische Ziele:

- zögerliche Verbündete dazu zu bewegen, einzuspringen und bei der gewaltsamen Öffnung von Hormus zu helfen.
- China dazu zu zwingen, einzugreifen und Teheran zur Kapitulation zu bewegen.

Einerseits könnte die US-Eskalation nach Einschätzung der Analysten Erfolg haben. „Aber falls der Iran nicht schnell in sich zusammenbricht, droht zunächst eine noch tiefere globale Energiekrise“, geben sie zu bedenken. Tatsächlich könnte die Minenräumung in der Straße von Hormus - ganz zu schweigen von der Abwehr von Drohnen- und Raketenangriffen - viele Wochen dauern. Schneller wäre sie mit Verbündeten wie Japan geschafft.

Aber auch der Iran könnte eskalieren. Wenn er ein Schiff durch die Blockade zwingen oder das Feuer auf die USA eröffnen würde, bräche der derzeitige Waffenstillstand zusammen und der Krieg wäre zurück. Zudem könnten die Huthi-Rebellen nach bisheriger Zurückhaltung das strategische Nadelöhr Bab-el-Mandeb und vielleicht das gesamte Rote Meer blockieren. Der Research der Rabobank schließt: „Das ließe

| | |
|---------|--------|
| | |
| Q2 2022 | 18,698 |
| Q1 2022 | 18,462 |

Quelle: EEX // VON HEIDI ROIDER

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

🔧 TECHNIK



Quelle: Shutterstock / petrmalinak

Österreich will grünen Wasserstoff aus Algerien

WASSERSTOFF. Wiens Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer bekräftigt die Positionierung des Landes als Wasserstoff-Drehscheibe: Algerien will zwischen 2030 und 2045 rund 1 Million Tonnen exportieren.

Österreich will zunehmend als „Drehscheibe zwischen Afrika und Europas Industrie“ agieren, wobei der Import von grünem Wasserstoff aus Nordafrika eine wesentliche Rolle spielt. Das bekräftigte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer von der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) anlässlich eines Treffens mit dem Generalsekretär des algerischen Energieministeriums, Nabil Kafi, am 10. März in Wien.

Kafi war zur Wasserstoffkonferenz der Unido, der Entwicklungshilfe-Organisation der Vereinten Nationen, nach Österreich gereist. Hattmannsdorfer verwies im Zusammenhang mit dem Gespräch erneut auf den „Südkorridor“, eine 3.300 Kilometer lange Pipeline, über die von 2030 an Wasserstoff aus Algerien und eventuell auch Tunesien über Italien nach Österreich sowie Deutschland transportiert werden soll.

Wie berichtet, sind diese beiden Staaten laut Hattmannsdorfer seit Ende Oktober 2025 in die Gespräche über den Südkorridor eingebunden. Der Minister plant für Herbst des heurigen Jahres eine Reise nach Algerien, bei der er mit Kafi „mögliche Kooperationsprojekte“ ausloten möchte. Hattmannsdorfer zufolge könnte Algerien ein „zentraler Partner für den Wasserstoff-Südkorridor und für eine langfristige Energiekooperation mit Afrika werden“.

Vor seiner Abreise nach Wien hatte Kafi dem staatlichen algerischen Rundfunk über die Pläne seines Landes hinsichtlich der Produktion und Vermarktung grünen Wasserstoffs berichtet. Seinen Ausführungen zufolge wird überlegt, im Zeitraum 2030 bis 2045 rund 1 Million Tonnen pro Jahr davon zu erzeugen und zu exportieren. In Diskussion ist unter anderem ein Pilotprojekt zum Bau eines 50-MW-Elektrolyseurs in der Region um die Stadt Arzew etwa 30 Kilometer nordöstlich des Mittelmeerhafens Oran.

Vier für den Südkorridor

Über den Südkorridor sollen von 2030 an jährlich rund 4,4 Millionen Tonnen grünen Wasserstoffs aus Nordafrika in die EU transportiert werden. Dies entspricht etwa 40 Prozent der gleichzeitig geplanten

Importe dieses Energieträgers. In das Projekt eingebunden sind die österreichischen Fernleitungsbetreiber Trans-Austria-Gasleitung-GmbH (TAG GmbH) sowie Gas Connect Austria (GCA), die deutsche Bayernnets und die italienische Snam. Die Fertigstellung einer Machbarkeitsstudie ist für heuer geplant.

Rund 65 Prozent des Südkorridors werden nach derzeitigen Plänen aus adaptierten Erdgasleitungen bestehen. Die Leitung hat den Status eines „wichtigen Projekts von gemeinsamem Interesse“ der EU (EU-IPCEI). Ihre voraussichtlichen Kosten werden unterschiedlich eingeschätzt. Von Proponentenseite ist von etwa 2,5 Milliarden Euro die Rede. Kritiker gehen dagegen von bis zu 7 Milliarden Euro aus.

Hinsichtlich der Drehscheiben-Funktion Österreich im Wasserstoffbereich laufen die Pläne darauf hinaus, im Zuge des „Südkorridors“ einen Strang der TAG zum Gashub Baumgarten etwa 40 Kilometer nordöstlich von Wien zu führen. Von dort aus verlaufen mehrere Fernleitungen, darunter die West-Austria-Gasleitung (WAG) nach Oberkappel an der oberösterreichisch-bayerischen Grenze, von der ebenfalls ein Strang für den Wasserstofftransport ertüchtigt wird. // **VON KLAUS FISCHER**

[^ Zum Inhalt](#)

Bosnien verstärkt Gasimporte aus Serbien



Quelle: Katia Meyer-Tien

GAS. Der Gasversorger von Bosnien-Herzegowina hat nun ein Baukonsortium mandatiert, eine Gasleitung im serbischen Landesteil von der serbischen bis fast zur kroatischen Grenze zu errichten.

Der bosnisch-herzegowinische Erdgasversorger Sarajevo Gas hat ein Konsortium unter der Leitung des serbischen Bauunternehmens Konvar mit dem Bau der Gasleitung Sepak–Novi Grad beauftragt, die Teil des Eastern-Interconnection-Projekts ist. Der Auftragswert beläuft sich auf 1,29 Milliarden bosnische Mark (660 Millionen Euro), wie die See News mitteilten.

Zu dem Konsortium gehören außerdem die serbischen Unternehmen Gastec, Zavod za zavarivanje und Jokic Invest sowie das bosnische Unternehmen Radis, hieß es in einer Pressemitteilung. Die Vertragsunterzeichnung wird noch diese Woche erwartet, während die Bauarbeiten Mitte des Sommers beginnen könnten.

Die Eastern Interconnection wird in Sepak an der Grenze zu Serbien beginnen und durch Bijeljina, Banja Luka, Prijedor und Novi Grad an der Grenze zu Kroatien - alles Kommunen der serbischen Teilrepublik von Bosnien - verlaufen. Bosnien und Herzegowina verfügt über keine eigene Gasförderung und ist vollständig von Importen russischen Gases über die Turkstream-Pipeline durch Serbien abhängig. // **VON ANDREA KRAUS**

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Quelle: Pixabay / Samuel Faber

US-Finanzinvestor engagiert sich bei Solarentwickler

PHOTOVOLTAIK. Die Blackstone-Tochter Tactical Opportunities beteiligt sich am Eigenkapital des deutsch-bulgarischen Solarentwicklers Sunotec.

Mit der Beteiligung unterstütze Tactical Opportunities dessen Expansion in Europa, berichtet „bne intellinews“. Der US-Investor werde Sunotec helfen, in seinen Kernmärkten Deutschland, Großbritannien, Skandinavien und Südosteuropa zu expandieren und Kompetenzen in Bereichen wie Stromnetz-Infrastruktur und hybriden Systemen für erneuerbare Energien auszubauen, heißt es in den Unternehmensmitteilungen.

Sunotec mit Hauptsitzen in Sofia und München entwickelt und integriert Solarkraftwerke im Versorgungsmaßstab und Batteriespeicher-Projekte. Das Unternehmen erklärte, die Partnerschaft werde dazu beitragen, seine Plattform für erneuerbare Energien zu skalieren, während Europa seinen Wandel hin zu kohlenstoffarmer Energie beschleunigt.

Sunotec wurde 2012 gegründet und hat in verschiedenen Märkten 15.000 MW Solarkapazität installiert. Allein in den letzten zwei Jahren hat das Unternehmen 5.000 MW an Solarkraftwerken im Versorgungsmaßstab und 5 Millionen kWh an Batteriespeicher-Systemen (BESS) realisiert. Die Investition vereint Blackstones Fokus auf Infrastruktur-Sektoren wie erneuerbare Energien, digitale Infrastruktur und Netzdienstleistungen mit Sunotecs Expertise in Engineering und Projektabwicklung von großflächigen Solarsystemen und BESS.

Die Gründer um CEO Kalojan Welitschkow und das weitere Management von Sunotec bleiben Mehrheitsaktionäre und bestimmen weiterhin Strategie und operative Abläufe des Unternehmens. Die Transaktion bedarf noch der behördlichen Genehmigung. Sie wird voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte abgeschlossen. // [VON MARTIN KLINGSPORN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Mandy Schwerendt wird CCO von Lichtblick



Quelle: Shutterstock / Andrii Yalansky

PERSONALIE. Mandy Schwerendt wechselt vom Softwareanbieter Lynqtech in die Geschäftsführung des Energieunternehmens Lichtblick.

Schwerendt verstärkt vom 18. Mai an die Geschäftsführung von Lichtblick als Chief Commercial Officer (CCO), wie das Unternehmen mitteilt. Dort soll sie das Endkundengeschäft B2C und B2B verantworten. Schwerendt war zuletzt CEO der IT-Schmiede Lynqtech GmbH, einem Anbieter des kommunalen Versorgers Enercity aus Hannover für digitale Vertriebslösungen.

Gemeinsam mit CEO Marc Wallraff und CFO Tanja Schumann bildet Schwerendt, die seit 20 Jahren in der Energiewirtschaft tätig ist, künftig das dreiköpfige Geschäftsführungsteam von Lichtblick.

Wallraff erklärte zu der Personalie: „Mit der neuen Aufstellung sind wir in der Lage, unser Endkundengeschäft weiter konsequent und zügig zu digitalisieren und unsere ambitionierten Wachstumsziele auch im Kerngeschäft zu erreichen.“ Mandy Schwerendt kündigte an, die digitale Transformation im Unternehmen voranzutreiben und so die Grundlage für Wachstum und Innovation im Endkundengeschäft zu legen.

Lichtblick beliefert nach eigenen Angaben bundesweit 1,7 Millionen Menschen in Haushalten und Unternehmen mit Energie aus regenerativen Quellen. Der Umsatz im Geschäftsjahr 2024/2025 wird mit 1,54 Milliarden Euro beziffert, die Beschäftigtenzahl mit 700. Neben dem Verkauf von Strom und Gas investieren die Hamburger in eigene PV-, Wind- und Batterieprojekte, betreiben Ladeparks und bieten Solar- und Ladelösungen für Privat- und Geschäftskunden an.



Mandy Schwerendt wechselt in die Geschäftsführung von Lichtblick.

Quelle: Lichtblick

// VON GÜNTER DREWNITZKY

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

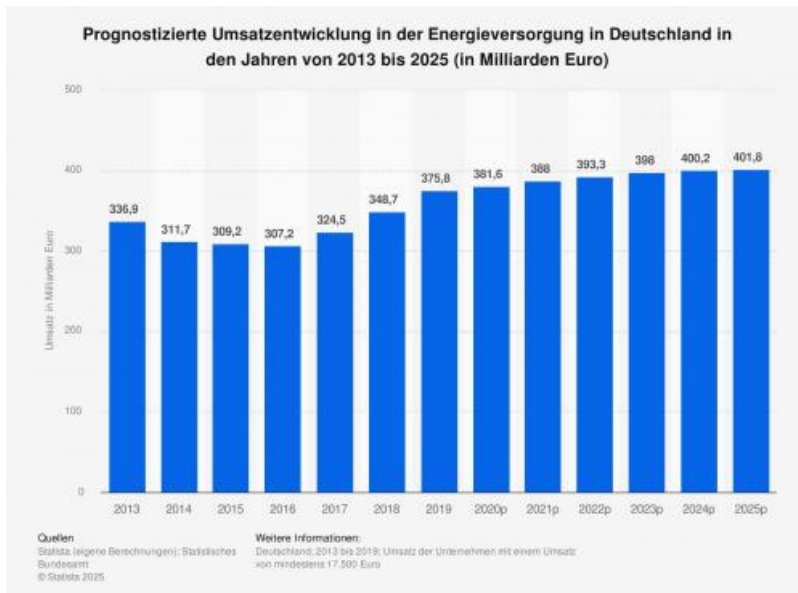
[^ Zum Inhalt](#)

Umsatz in der Energieversorgung in Deutschland 2013 bis 2025



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



[Zur Vollansicht auf die Grafik klicken](#)

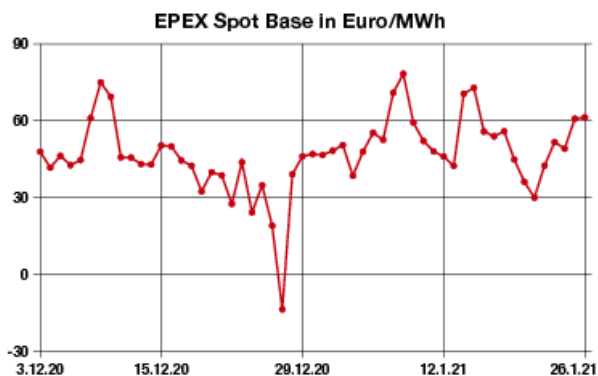
Quelle: Statista

Die Statistik zeigt die prognostizierte Umsatzentwicklung in der Energieversorgung in Deutschland in den Jahren von 2013 bis 2025. Im Jahr 2025 wird der Umsatz in der Energieversorgung in Deutschland laut der Prognose 402 Milliarden Euro betragen haben. Die Daten beruhen auf dem aktuellen Branchenreport von Statista zur Energieversorgung. // **VON REDAKTION**

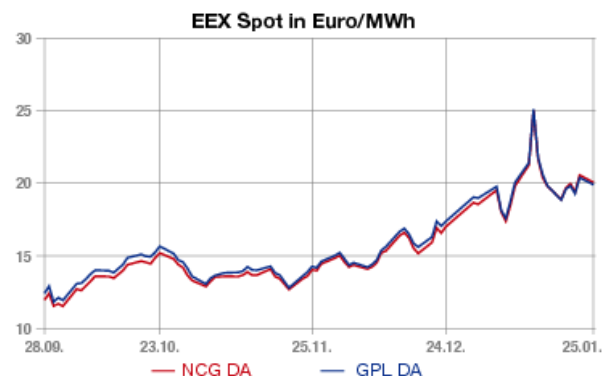
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



US-Blockade von Hormus treibt Energiemärkte



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Mit zumeist festeren Notierungen haben die Energiemärkte auf das Scheitern der Gespräche zwischen Iran und den USA reagiert.

Außerdem dürfte die diesmal von den USA ausgehende Sperrung der Straße von Hormus zu den Preissteigerungen beigetragen haben. Durch die Blockade soll verhindert werden, dass iranisches Öl den Weltmarkt erreicht, wovon auch Teherans Großkunde China betroffen wäre. Damit steht jedoch neben einer rein wirtschaftlichen auch eine geopolitische Konfrontation zwischen Washington und Peking im Raum, die die Welt in den kommenden Tagen in Atem halten könnte. Die Ratio hinter dieser US-Aktion könnte darin liegen, China dazu zu veranlassen, Druck auf Iran auszuüben, damit doch noch eine Einigung mit den USA zustande kommt. Ob sich aber Peking dazu bewegen lässt, immerhin die Supermacht Nummer 2, seinen Verbündeten solcherart im Stich zu lassen, steht sehr dahin.

Strom: Fester hat sich am Montag der deutsche OTC-Strommarkt gezeigt. Höhere Preise für Gas und Öl überkompensierten den Effekt, der von niedrigeren CO₂-Notierungen ausging. Der Day-ahead kostete im Base 138,50 Euro je Megawattstunde und im Peak 136,75 Euro je Megawattstunde. Der Montag selbst war am Freitag an der Börse mit 114,35 Euro je Megawattstunde bewertet worden. Börslich wurden am Montag für die Grundlast 138,09 Euro ermittelt und für die Spitzenlast 136,46 Euro.

Händler brachten den Preissprung von Montag auf Dienstag mit der geringeren Erneuerbaren-Einspeiseleistung am Dienstag in Verbindung. Die Meteorologen von Eurowind erwarten für den zweiten Tag der Arbeitswoche nurmehr 15,8 Gigawatt, für den Berichtstag hatte der Wetterdienst noch 17,7 Gigawatt vorhergesagt. Am Mittwoch dürfte die Einspeiseleistung noch etwas geringer ausfallen. Das Wochentief geben die Meteorologen mit 12,1 Gigawatt am Mittwoch an.

Am langen Ende legte das Frontjahr um 1,40 auf 91,40 Euro zu.

CO₂: Schwächer haben sich die CO₂-Preise am Montag präsentiert. Der Dec 26 zeigte sich gegen 14.05 Uhr mit einem Minus von 0,84 auf 72,00 Euro je Megawattstunde, da Marktteilnehmer wieder vermehrt auf Stagflationstendenzen als Folge des Irankriegs abstellen. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 14,5 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 72,80 Euro, das Tief bei 71,60 Euro. Die Preisbildung am CO₂-Markt suche allerdings nicht mehr nach einer neuen Untergrenze, sondern bewege sich innerhalb einer neu definierten Bandbreite, die nach wie vor ein strukturell angespanntes mittelfristiges Gleichgewicht widerspiegelt, so die Analysten von Vertis.

Da keine stärkeren Eingriffe in die Angebotsmechanismen mehr erfolgten, habe das Kernargument der Verknappung weiterhin Bestand. In diesem Umfeld ändern die vergangene Woche veröffentlichten verifizierten Emissionsdaten laut Vertis nichts an der Lage. Sie lagen nahe an den Erwartungen und dürften – selbst unter Berücksichtigung unvollständiger Meldungen und methodischer Unterschiede – die Stimmung oder die Preisbildung kaum wesentlich beeinflussen. Das Analysehaus erwartet für die kommenden Tage am CO2-Markt Notierungen zwischen 70 und 75 Euro je Tonne.

Erdgas: Fest zeigte sich am Montag der europäische Erdgasmarkt. Der Frontmonat Mai am niederländischen TTF legte bis 13.04 Uhr um 3,400 auf 47,450 Euro je Megawattstunde zu. Am deutschen THE gewann der Day-ahead 5,100 auf 49,000 Euro. Vor dem Hintergrund der US-Ankündigung, nun ihrerseits die Straße von Hormus zu sperren, haben die Preise für Erdgas weiter zugelegt. Die Maßnahme enthält neben ihrem unmittelbaren Effekt erhebliches Eskalationspotenzial, sollten die USA etwa versuchen, chinesische Schiffe von der Durchfahrt abzuhalten. Die Maßnahmen sollen von diesem Montagnachmittag ab 16.00 Uhr umgesetzt werden. Von der US-Blockade sind Schiffe betroffen, die iranische Häfen anlaufen oder von diesen kommen. LNG-Tanker von der arabischen Golfküste wären also nicht direkt betroffen.

Der Markt habe dennoch zu früh auf Deeskalation gesetzt, sagte Haris Khurshid, Chief Investment Officer bei Karobaar Capital in Chicago. Die US-Blockade führe zu langsameren Lieferungen, verspäteten Frachten und höheren Versicherungskosten. „Genau das verengt den Markt und schlägt sich im Preis nieder.“

Der Gasfluss aus Norwegen ist unterdessen durch den Beginn der Wartungssaison etwas vermindert und beträgt für den aktuellen Montag 322,7 Millionen Kubikmeter. Für die kommenden Tage ist mit weiteren wartungsbedingten Einschränkungen der norwegischen Gasförderung zu rechnen.

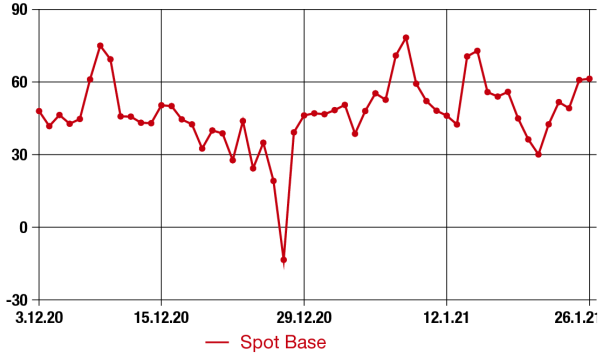
// VON CLAUS-DETLEF GROSSMANN

[^ Zum Inhalt](#)

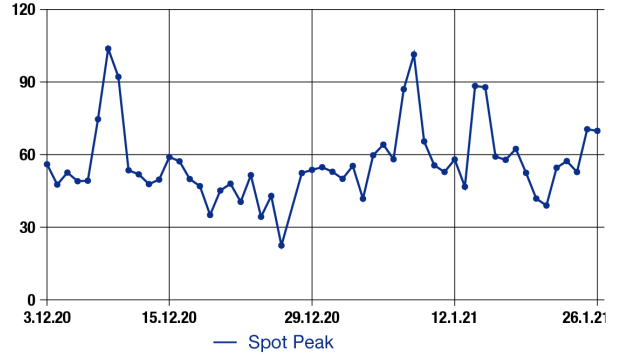
ENERGIEDATEN:

Strom Spotmarkt

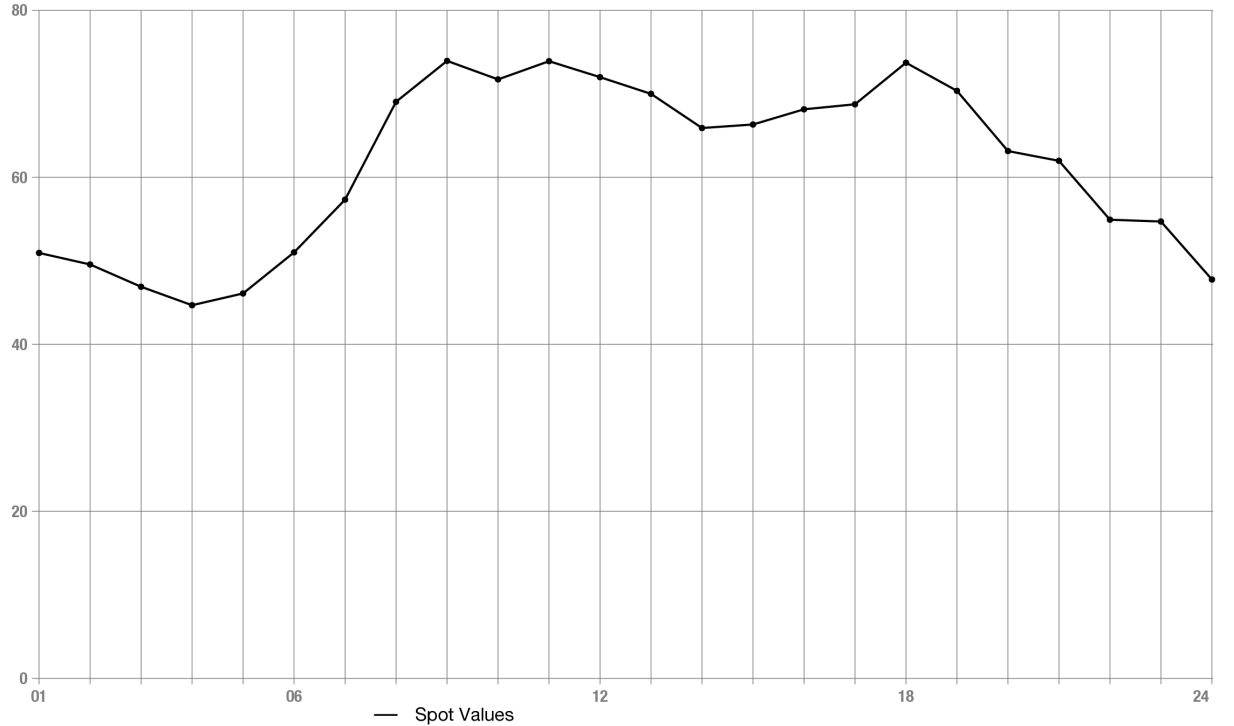
EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)



EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)



Strom Terminmarkt

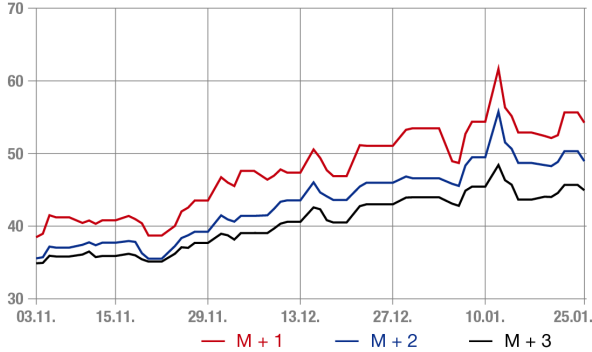
Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-----------------------|-------|
| M1 | 25.01.21 | German Power Feb-2021 | 54,25 |
| M2 | 25.01.21 | German Power Mar-2021 | 48,95 |
| M3 | 25.01.21 | German Power Apr-2021 | 44,94 |
| Q1 | 25.01.21 | German Power Q2-2021 | 43,87 |
| Q2 | 25.01.21 | German Power Q3-2021 | 46,68 |
| Q3 | 25.01.21 | German Power Q4-2021 | 51,20 |
| Y1 | 25.01.21 | German Power Cal-2022 | 50,15 |
| Y2 | 25.01.21 | German Power Cal-2023 | 49,53 |
| Y3 | 25.01.21 | German Power Cal-2024 | 47,85 |

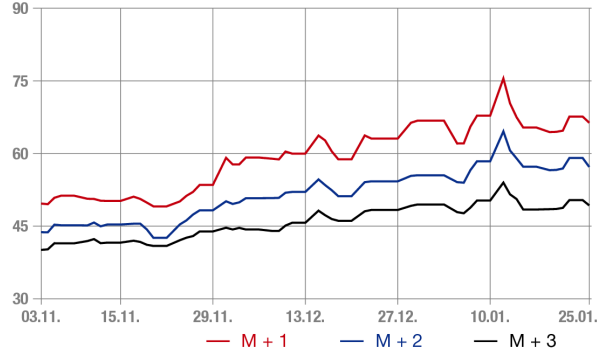
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-----------------------|-------|
| M1 | 25.01.21 | German Power Feb-2021 | 66,35 |
| M2 | 25.01.21 | German Power Mar-2021 | 57,23 |
| M3 | 25.01.21 | German Power Apr-2021 | 49,28 |
| Q1 | 25.01.21 | German Power Q2-2021 | 49,03 |
| Q2 | 25.01.21 | German Power Q3-2021 | 53,18 |
| Q3 | 25.01.21 | German Power Q4-2021 | 63,28 |
| Y1 | 25.01.21 | German Power Cal-2022 | 60,28 |
| Y2 | 25.01.21 | German Power Cal-2023 | 59,95 |
| Y3 | 25.01.21 | German Power Cal-2024 | 58,43 |

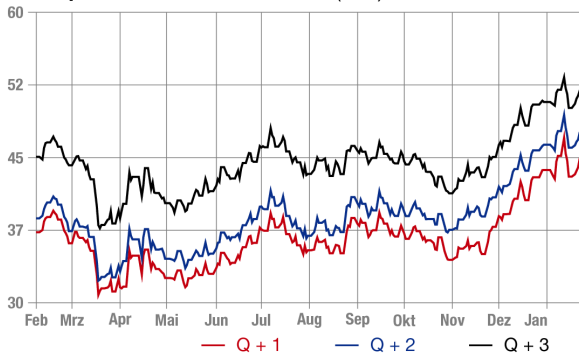
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



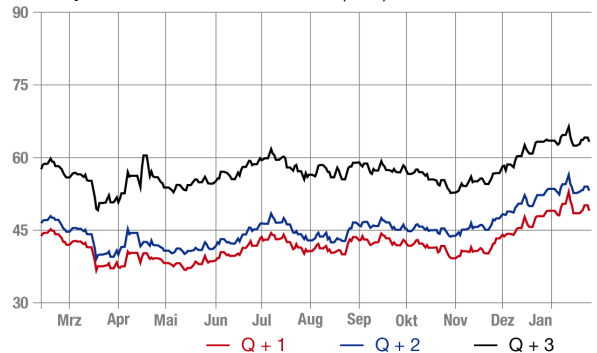
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



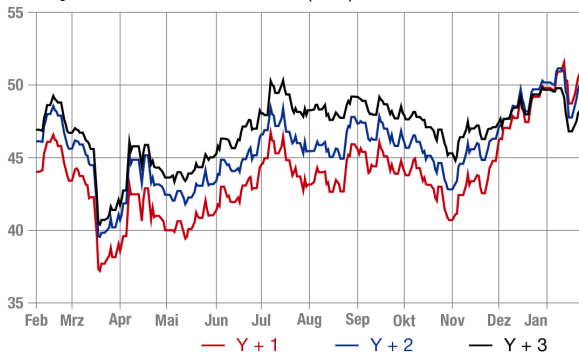
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



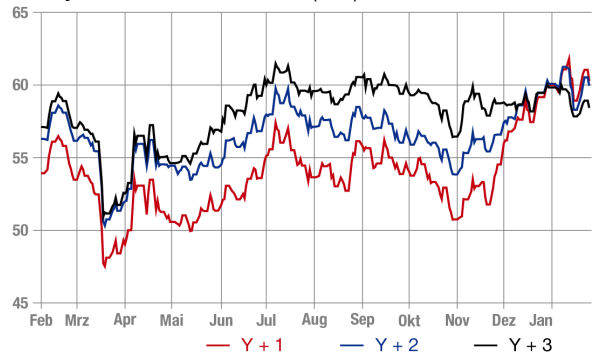
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

Terminmarktpreise NCG in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-------------------------|-------|
| M1 | 25.01.21 | German NCG Gas Feb-2021 | 19,40 |
| M2 | 25.01.21 | German NCG Gas Mar-2021 | 18,97 |
| Q1 | 25.01.21 | German NCG Gas Q2-2021 | 17,14 |
| Q2 | 25.01.21 | German NCG Gas Q3-2021 | 16,93 |
| S1 | 25.01.21 | German NCG Gas Sum-2021 | 17,04 |
| S2 | 25.01.21 | German NCG Gas Win-2021 | 18,20 |
| Y1 | 25.01.21 | German NCG Gas Cal-2022 | 16,56 |
| Y2 | 25.01.21 | German NCG Gas Cal-2022 | 15,51 |

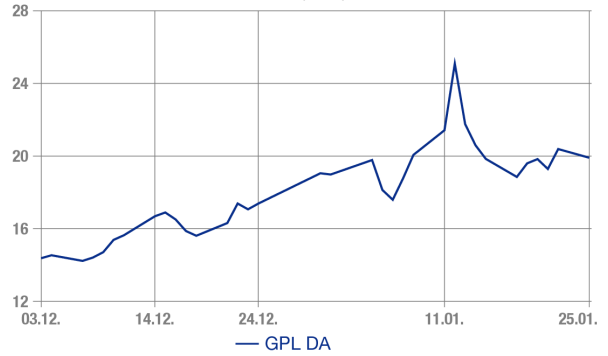
Terminmarktpreise GPL in Euro/MWh (EEX)

| | Handelstag | Kontrakt | Preis |
|----|------------|-----------------------------|-------|
| M1 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Feb-2021 | 19,26 |
| M2 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Mar-2021 | 18,80 |
| Q1 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Q2-2021 | 16,91 |
| Q2 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Q3-2021 | 16,68 |
| S1 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Sum-2022 | 16,79 |
| S2 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Win-2022 | 18,20 |
| Y1 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Cal-2022 | 16,56 |
| Y2 | 25.01.21 | German Gaspool Gas Cal-2023 | 15,51 |

Spotmarkt NCG in Euro/MWh (EEX)



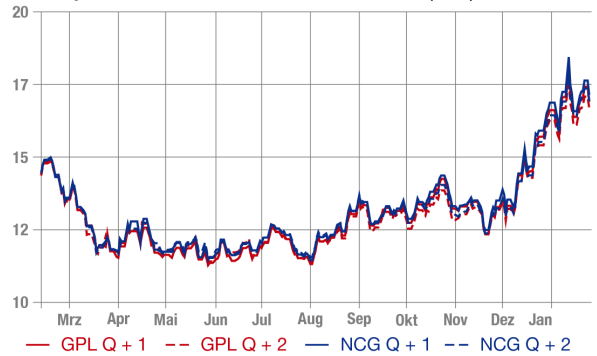
Spotmarkt GPL in Euro/MWh (EEX)



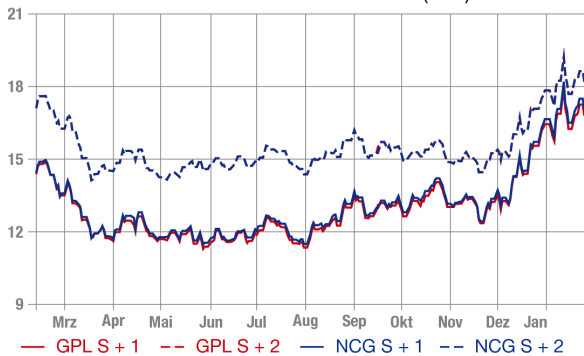
Frontmonate NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontseasons NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre NCG und GPL in Euro/MWh (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Junior Geschäftsführer Energie (m/w/d)

(Junior) Geschäftsführer Energie (m/w/d)Arbeitsplatz Hybrid am Standort Mühlheim am Main

in Mühlheim am Main

27.02.2026



Ingenieur*in im Netzbetrieb Hochspannung

Willst Du gemeinsam mit uns das 36.000 Kilometer lange Berliner Stromnetz fit halten, ausbauen und ...

in Berlin (+1 weiterer Standort)

vor 2 h

Freie Mitarbeit Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Sabbatical



Projektleiter (m/w/d) Kompensationsmaßnahmen Windenergie

Bring frischen Wind in dein Berufsleben!Wir bei wpd entwickeln und betreiben Onshore-Wind- und Sola...

in Bremen

vor 2 h

Projektleitung Freie Mitarbeit



Kaufmännischer Angestellter (m/w/d) / Agrarkaufmann oder Gartenbau-/Agrarmanager (...)

Frische Kräuter, Fertigrasen Ihre Zukunft im nachhaltigen Anbau!Sie suchen nach einer beruflichen Her...

in Bürstadt

vor 2 h

Festanstellung / Ausbildung Weiterbildung



Controller / Bilanzbuchhalter / Finanzbuchhalter (m/w/d) für Photovoltaikhandel

Wir sind ein wachsender Onlinehandel, spezialisiert auf Photovoltaikprodukte und erneuerbare Energie...

in Troisdorf

vor 2 h

Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit / Mitarbeiterrabatte

[WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT](#)

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
Vielen Dank dafür!

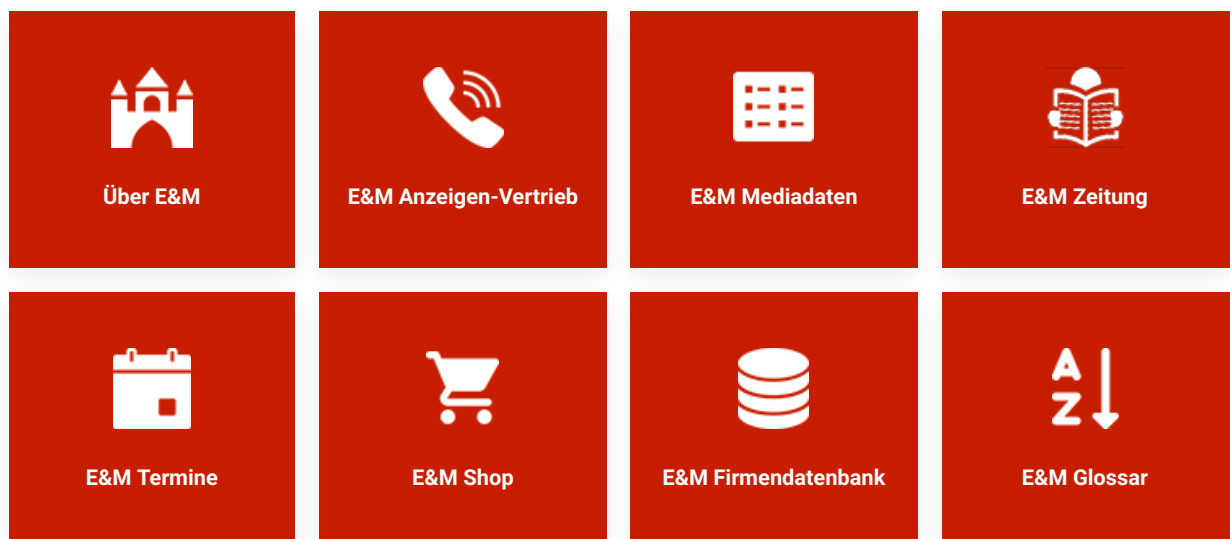
Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.

Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Schloß Mühlfeld 20 - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

